

Elisabeth Joris

Nationaler Frauenstreik 2019

„Wenn Frau will, steht alles still!“

Fachstelle für Gleichstellung der Stadt Zürich

Bibliothek zur Gleichstellung

Stadthaus Zürich

6. Juni 2019

«Wenn Frau will, steht alles still!», so das Motto des Frauenstreiks von 1991. Effektiv stand nicht alles still, vielmehr hat sich viel bewegt, sehr viel sogar, an diesem Tag und in der Folgezeit: Es war das Resultat der dynamischen Wechselwirkung von Emotionalisierung und Institutionalisierung, beides zentrale Momente einer geglückten und erfolgreichen Bewegung.

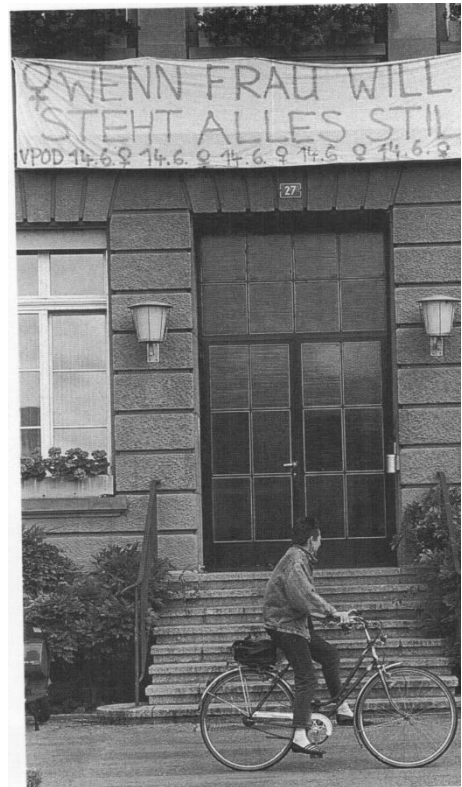
Warum das?

Weil:

- Eine Bewegung braucht Emotionalität, es ist die Energie, die sie trägt: Lust, Widerstand, Wir-Gefühl, Kraft des Aufbruchs.
- Eine Bewegung braucht Institutionalisierung: Struktur, Geld um sie in Gang zu halten, Niederschlag in Gesetzen, in Institutionen wie Gleichstellungsbüros, Gleichstellungsbibliothek, Regelungen etc. Effekt wird sonst verpuffen. Emotionen halten nicht über lange Distanz, sie müssen verankert werden.

Bewegung und Institutionalisierung sind kein Widerspruch, sondern eine notwendige Ergänzung.

Das ist geschehen 1991, bis jetzt auch 2019, ob und wie auch in der Folge wird sich erst zeigen.



Und: Politische Bewegungen beziehen sich immer auf vorangehende Bewegungen. Auch der Frauenstreik 1991 und von 2019 ist verortet in einer langen Reihe von Widerständigkeiten.

Das deutsch-sprachige Motto «Wenn Frau will, steht alles still!» lehnt sich explizit an die Parole des Landesstreik von 1918, ein Aufruf, den bereits im 19. Jahrhundert der deutsche revolutionäre Autor Georg Herwegh in einem Gedicht formuliert hat: «Wenn dein starker Arm es will, stehen alle Räder still.» Es war damals ein Aufruf, der sich explizit in den vorangehenden Zeilen «Mann der Arbeit, aufgewacht! Und erkenne deine Macht!» – ebenso wie implizit – «dein starker Arm» – an die Arbeiter, an Männer richtete. Die Frauen formulieren ihn 1991 nun bewusst um, und lassen dennoch die Verbindung zum Landesstreik durchblicken.

Denn was der Frauenstreik mit dem Landesstreik verbindet ist etwas Zentrales: Es handelt sich nicht um einen klassischen Streik, in dem Arbeitnehmende und Unternehmen sich gegenüberstehen, auf Betriebs- oder auch auf Branchenebene, sondern es handelt sich um einen politischen Streik, der politische Forderungen erhebt, gegenüber dem Staat und seinen Institutionen. Das war auch 1918 der Fall, mit der 8-Stunden-Woche, der AHV, dem Frauenstimmrecht etc. Das Frauenstimmrecht ist nicht direkt mit dem Arbeitsgeber/dem Unternehmen in Verbindung zu bringen, es ist eine politische Frage. Und das ist eben auch 1991 wiederum der Fall. Es geht um die Umsetzung der in der Verfassung seit 1981 verankerten Gleichstellung. Es geht nicht nur um Lohngleichheit, sondern einen viel umfassenderen Gleichstellungsanspruch. Und das in einem höchst aufgeputzten politischen Kontext. Die Schweiz feiert den 700-Jahre Geburtstag der Schweiz als älteste Demokratie und hat dabei glatt die Frauen vergessen.



Denn diese älteste Männer-Demokratie ist als solche auch die nachhaltigste in Europa und bei weitem am längsten andauernde. So erweisen sich die Frauenrechte in diesem Kontext 1991 als äusserst mickrig. Das wird denn auch von Frauenseite ironisch hervorgehoben: «700 Jahre Eidgenossenschaft, 20 Jahre Frauenstimmrecht, 10 Jahre Gleichstellung in der Verfassung». So passiert auch hier wiederum eine historische Verortung, eine Kontinuität des Widerstands und des Kampfes für Gleichberechtigung. Angeknüpft wird an den 14. Juni 1981, dem Abstimmungssonntag, an dem der Verfassungsartikel angenommen worden war.

Dass es zu diesem Frauenstreik kam, das hat eine Vorgeschichte, die sich insofern mit der heutigen Situation vergleichen lässt, dass auch dem diesjährigen Frauenstreik mit den *Women's Marches* und der weltweiten *MeToo*-Kampagne die feministische Bewegung wieder im Aufwind ist und auf Unterstützung in breiten Frauenkreisen geniesst, bei Alten und vor allem auch wieder bei Jungen.

Vorgeschichte

Zur Vorgeschichte des erfolgreichen Frauenstreiks gehören zwei Phänomene:

1. War das Verhältnis der so genannte Neue Frauenbewegung und der traditionellen Frauenverbände in den 1970er Jahren von gegenseitiger Abgrenzung geprägt, zeigten sich bereits am Übergang zu den 1980er Jahren Zeichen der Annäherung und zwar sowohl auf der Ebene der institutionalisierten Rechte als auch in Bezug auf die grundsätzliche Kritik der Machtverhältnisse, auf die sich ja der Feminismus bis heute beruft:

- Im Kampf um die Verankerung der Gleichstellung in der Verfassung, die zwar vom «bürgerlichen» Kreisen initiiert worden war, waren vorwiegend jüngere Feministinnen, die am meisten Unterschriften für die Verfassung gesammelt haben.
- In der Auseinandersetzung um die Mutterschaftsversicherung und die Fristenlösung, für die immer mehr auch bürgerliche Frauenverbände sich einsetzten, und ebenso im Kampf um das von Bundesrätin Kopp

vorangetriebene neue Eherecht, gegen das Blocher das Referendum ergriffen hat.

- Und vor allem rund um die Frage der Gewalt gegen Frauen: Die ersten Frauenhäuser waren von jungen Feministinnen initiiert worden, aber nur dank der Unterstützung auch von bestehenden Frauenrechtlerinnen umgesetzt worden.
- Ebenso kam es auf lokaler Ebene zu punktueller Zusammenarbeit von Frauen, die in der Kirche, der evangelischen wie auch der katholischen, verankerten waren und die sich für den Frieden und Solidarität mit der Dritten Welt engagierten, mit jungen patriarchatskritischen Feministinnen.

2. In den späteren 1980er Jahren formierte sich insbesondere in den Spitälern eine Bewegung der Pflegenden, die mit verschiedensten Aktionen auf die sehr schlechten Arbeitsbedingungen in den Spitälern aufmerksam machten: mit Tüchern, mit Abendspaziergängen, mit Dienst nach Vorschrift, mit Diskussionen rund um die Mittagspausen, etc. Und zwar immer mit grossem Medienecho. Statt brav und selbstlos zu dienen, wie das früher vom weiblichen Pflegepersonal erwartet wurde, aufmüpfige freche Weiber. Mit informellen Aktionen an sogenannten «Aktionstagen» erreichten sie formale Erfolge.

Den direkten Impuls gab 1990 allerdings eine kleiner Gruppe von Uhrenarbeiterinnen im Vallée de Joux, die sich nach einer Gewerkschaftsversammlung fragten, warum sie nach 10 Jahren Gleichstellung in der Verfassung immer noch viel schlechter verdienten als ihre männlichen Kollegen, in der Regel weniger als 3500 Franken, Männer dagegen mehrheitlich zwischen 3500 und 5000 Franken. Ob es wohl nicht einen Frauenstreik brauche, um das zu ändern. Sie gelangten mit dieser Frage an die für die Uhrenindustrie verantwortliche Gewerkschaftssekretärin Christiane Brunner, eine Juristin, die aus dem Genfer MLF kam, sich also als Feministin verstand und dennoch innerhalb der Männerbastion SGB arbeitete und bald den obersten Posten im SMUV besetzte. Sie brachte den Antrag in den SGB und stiess dort zuerst auf Skepsis: Das sei doch kein richtiger Streik, es könnte doch heissen «Aktionstag», wie bei den zum Teil im VPOD oder in der Gruppe «Gsundi Gsundheitspolitik» organisierten Pflegerinnen. Auch sei ja der Streik in den Branchen

mit GAV wegen der Friedenspflicht verboten. Doch Brunner blieb beim Wort «Streik», das nur gebe der Bewegung den notwendigen Drive, das sei symbolhaft, weil die ganze Nation betreffend, eben wie der Landesstreik von 1918. Und vor allem wusste sie, wovon sie sprach: Frauen arbeiten viel, eben auch privat, gratis, im Hause, haben keinen Arbeitgeber, es braucht daher auch andere Formen als bei der traditionellen Arbeiterbewegung, die vom vollzeitlich arbeitenden Lohnarbeiter ausgeht, mit genauen Arbeitsstunden und festgesetzten Löhnen. Die meisten Frauen seien auch gar nicht gewerkschaftlich organisiert, nicht über einen GAV an die Friedenspflicht gebunden, die Situation sei also eine andere, und das ist auch heute noch so. Brunner überzeugte, sie erhielt am Kongress 1990 die uneingeschränkte Unterstützung des SGB: das bedeutete Finanzen und organisatorische Strukturen, eine weibliche Verantwortliche. Elfi Schöpf, sie amtierte als Koordinatorin, organisierte das Streikbüro.

Dezentralität und Dynamisierung

Von da an tingelte Christiane Brunner durch das ganze Land, sprach in Städten, aber auch bei Frauen im ländlichen Säli. Sie überzeugte, sie war glaubwürdig, zeigte, wo es haperte. Auch zahlreiche lokale Gewerkschaftskomitees legten sich ins Zeug. Über 50 Streikkomitees waren am Werk. Zugleich kreierte das nationale Streikkomitee das Plakat: Violett, geheimnisvolle geschminkte Augen, die einem anblicken: es lässt alles offen, ist modern, spricht an, es wird was passieren. Es geht: um Sichtbarmachung! Dafür stehen die Augen.



Zusammen mit der Parole «700 Jahre Eidgenossenschaft, ...» und dem Motto «Wenn Frau will, ...» bewegte eben auch dieses Bild, das überall auftauchte, auf Strassen, auf Plätzen, im Kino, in öffentlichen Räumen. Zwar sagten die grossen Frauenverbände – im Gegensatz zu heute, wo von Alliance F über den SKF bis zu den BPW sich für eine Beteiligung aussprechen – mit Ausnahme, des Schweizerischen Verbands für Frauenrechte – dem Verband der ehemaligen Frauenstimmrechtlerinnen – Nein zum Frauenstreik. 1991 sind es denn auch die feministischen Gruppierungen Ofra, FraP, aber auch die linken Parteien, die den Streik unterstützten. Der Erfolg hing entscheidend zusammen mit dem Prinzip der Dezentralität – ein Begriff, den ich von Caroline Arni übernehme. Sie ist die Grundlage der Dynamisierung. Es ist keine Top-Down Strategie, sondern eine Animierung, aktiv zu werden.

Überall entstanden in der Schweiz Gruppen von Frauen, die Aktionen planten. Es waren vielfältigste Gruppierungen, die sich durch die Vorgeschichte motiviert zeigten, sich einzugeben, nicht ruhig zu sein. Das Hauptziel des Streiks blieb die Sichtbarmachung der «unentbehrlichen Rolle der Frauen» und «ihrer Leistungen, vor allem der unbezahlten und unterbezahlten».



Es war eine Form des Selbstempowerment, die Konstituierung eines «Wir»: als Gruppe und als Frauen generell, emotionale Erfahrung der Zugehörigkeit unterlegt mit Freude am Planen, am öffentlichen Auftreten und Provozieren. Der Phantasie waren keine Grenzen gesetzt: Streikplanung verknüpft mit Lust. Die Arbeitgeber und Unternehmen reagierten negativ, «Streik» war ein negativ besetztes Wort, galt als unschweizerisch. Es wurde mit Lohnkürzungen und anderen Sanktionen gedroht, bis hin zur fristlosen Entlassung. Doch unter dem Sog des sich ausweitenden Enthusiasmus entschieden sich nicht wenige Unternehmen, Frauengruppen im Betrieb die Möglichkeit zu internen Aktionen zu geben. Auch die Verwaltungen boten Hand, nachdem z.T. auch hier massive Drohungen bspw. gegen streikwillige Lehrerinnen ausgesprochen wurden. Doch kam es auch zu Widersprüchen innerhalb der Behörden, z.B., innerhalb der Zürcher Regierung: Alfred Gilgen, Erziehungsdirektor, betonte, dass Beamte kein Streikrecht, das gelte auch für Lehrerinnen. Disziplinarverfahren und Lohnkürzung wurden angedroht. Moritz Leuenberger, Justizdirektion, dagegen, sieht Möglichkeiten zu Aktionen.

Ein eindeutiges Zeichen gibt die SP-Regierungsrätin und Volkswirtschaftsdirektorin Hedi Lang, die am 14. Juni aus Solidarität mit allen Frauen nicht arbeiten werde.

Die Reaktionen waren auch in der Verwaltungsabteilungen, Schulkreisen, aber auch in den Betrieben je unterschiedlich. Die Handelskammer Solothurn erliess ein Communiqué, gemäss OR könnten die Streikenden fristlos entlassen werden, müssten zumindest aber mit Lohnabzug rechnen. Die Stadt Vevey drohte disziplinarische Massnahmen an, die Erziehungsdirektion von Neuenburg wollte streikende Lehrerinnen durch Lehrer auf deren Kosten ersetzen, etc. Doch schliesslich wurde bis zum Juni unter dem Eindruck der Dynamik nach Kompromissen gesucht.

Zum Beispiel lud das Gartenbauamt Zürich zur Weiterbildung eine. Die ABB plante um 17.00 eine kabarettistische Aufführung zum Thema Gleichstellung zwischen



Anspruch und Wirklichkeit. Die ZKB schlug den Frauen vor, mit einem angebissenen Apfel in Anlehnung an Adam und Eva den Chef auf das Thema aufmerksam zu machen. Nicolas Hayek hatte zuerst drastische Massnahmen angekündigt, um dann allen Frauen am 14. Juni effektiv Blumen zu schenken.

In anderen Betrieben nahmen Frauen die Sache selber in die Hand, selbstbewusst, gerade im Medienbereich. So zum Beispiel bei der Condor Film. Sie wollen weibliche Dienste wie Kaffee machen verweigern und organisieren ab Mittag ein Fest. Die Tamedia Frauen planten für eine Ballonaktion am Vormittag und dann ein Forum mit Wandzeitung.

Der 14. Juni:

Das Resultat am 14. Juni war fulminant. Überall passierte etwas, Kleines und Grosses, viel Provokatives und Überraschendes auch, Spielerisches und Ironisches. Beispielsweise die Aktion «Machen Sie Platz Monsieur! Nehmen Sie Platz

Madame!» beim Zürcher Paradeplatz, wo Frauen auf Liegestühle und auf den Geleisen sitzend den Verkehr rund zwei Stunden blockierten.



Oder die Aktion im Globus und anderen Geschäften, wo Gewerkschafterinnen den Verkäuferinnen Klappstühle verteilten, da ihnen das Sitzen verboten war.



Mancherorts machten Frauen «ganz, ganz lange Pause», oder trafen sich zu einem ausgedehnten

«Frauenfrühstück», zu einem Picknick, etc. Aus den Spitälern hingen grosse weisse Tücher, besprayed mit Forderungen, von den Fenstern, etc. Insbesondere Kindergärtnerinnen, aber auch Lehrerinnen zeigten sich sehr aktiv.

Effektiv gestreikt im klassischen Sinn der Arbeitsniederlegung wurde nur in wenigen Betrieben, so unter anderem in einer Zweigniederlassung im Dorf Naters bei Brig, wo die Arbeiterinnen furchtlos und gegen alle Drohungen des Patrons, streikten und sich



auf der Strasse vor dem Betrieb versammelten und dann demonstrierten. Es waren mehrheitlich italienische Grenzgängerinnen mit krassen Tiefstlöhnen. In den Uhrenfabriken des Juras wurde zwar nicht richtig gestreikt, aber gab es in einigen Fabriken während der Arbeitszeit Versammlungen zur Lohngleichheit.

Dieser Enthusiasmus, diese unglaubliche Vielfältigkeit, hat Hunderttausende von Frauen der Schweiz zusammengeschweisst wie nie zuvor. Frauenpower wurde sinnlich erfahren, das ging unter die Haut: Ganz ähnlich der Devise «Wir sind viele und wir sind laut» der heutigen Klimastreik-Jugend. Insgesamt waren es eine geschätzte halbe Million Frauen, die in irgendeiner Form involviert waren, genaue Statistiken gibt es nicht. Doch das Echo war gewaltig, auch international: von Barcelona über Paris bis New York, von Chile über Südafrika bis Indien berichteten Medien vom Streik. Gratulationen trafen ein, von den USA, von Nicaragua, Sri Lanka, Australien, um nur einige zu nennen.



Wirkung

Der Streiktag war ein Erfolg, vor allem auch auf der emotionalen Ebene, ein richtiges Hochgefühl stellte sich ein. Doch entscheidend war die nachhaltige Wirkung auf institutioneller Ebene. Nur dank der informellen Strukturen, die sich im Vorfeld des Frauenstreiks gebildet hatten, ein eigentliches Netzwerk, konnte der Nichtwahl von Christiane Brunner mit voller Power entgegengewirkt werden: Eine Woche später erzwangen die breitgestreuten Proteste der Frauen die Wahl von Ruth Dreifuss in den Bundesrat. Seitdem ist eine Schweizer Regierung ohne Frauen nicht mehr denkbar, auch die Wahl der beiden letzten Bundesrätinnen ist darauf zurückzuführen und ein Rückkoppelungseffekt gab es schon bei der Wahl von Eveline Widmer-Schlumpf, die sich der Unterstützung der Frauen sicher sein konnte. Dank dem so genannten «Brunner-Effekt» bestimmten Frauen weitgehend die Ausgestaltung und Annahme der Gleichstellungsgesetzes 1996, in der auch die sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz festgeschrieben war. Der Frauenpower zu verdanken war bereits 1992 die Strafbarkeit der Vergewaltigung in der Ehe, seit 2004 ein Delikt, das auch von Amtes wegen geahndet wird. Zur öffentlichen Wahrnehmung der Hausarbeit trug die 10. AHV-Revision mit den Gutschriften auf Betreuungs- und Hausarbeiten bei. Dass es von den 1990er bis in die 00er Jahre zwar harzig, aber nicht destotrotz mit der gesetzlichen Verankerung der Fristenlösung und der Mutterschaftsversicherung voranging, ist auf den nicht zu unterschätzenden Einfluss der Frauen zurückzuführen. Der Frauenstreik bescherte auch bezüglich der Institutionalisierung der Fachstellen für Gleichstellung und kantonalen Frauenkommissionen in den 1990er Jahren ein goldenes Jahrzehnt, auch wenn es dann aber damit rasch zu Ende ging, und seit den 00er Jahres alle Frauenstrukturen wieder unter massiven Beschuss gekommen sind und nicht wenige vor allem in der deutschen Schweiz wieder abgeschafft wurden – ein Indiz, dass selbst Institutionalisierung nicht Umsetzung bedeutet, dass Frauen- und Gleichstellungsrechte immer wieder erkämpft werden müssen.

Neuen Schub für 2019

Ist 2019 eine Wiederholung? Nicht genau und doch auch: Es geht wiederum um eine Einordnung, auf die Zukunft hin. Der Bezugspunkt ist nicht der Landesstreik, sondern

eben der Frauenstreik. Denn wie eingangs erwähnt: Politische Bewegungen beziehen sich immer auf vorangehende Bewegungen. Hier geht es – wie C. Arni das kürzlich bei der Präsentation von Dokumenten zum Landesstreik im Sozialarchiv definierte – um einen Bezug auf ein Versprechen, das nicht eingelöst wurde: NOCH nicht. Geht also um Fortführung ehemaliger Kämpfe, aber jeweils nicht genau gleich. Wie 1991 nicht gleich war wie 1918, ist auch 2019 nicht gleich wie 1991.



Alte Fragen – neu gestellt

Wie 1991 gibt es für den nun anstehenden Frauenstreik ein Vorbild: Am 8. März streikten Millionen Frauen in Spanien. Und auch eine Vorgeschichte gibt es, die direkt an die Streikforderungen von 1991 anknüpfen, doch unter neuen Vorzeichen. Der sexuellen Ausbeutung kommt im Kontext der MeToo-Kampagne höchste politische Virulenz zu. Im Zentrum der Debatte steht dabei die Machtfrage. Und der durch Trumps unverhohlener Sexismus ausgelöste «Women's march» hat viele Frauen mobilisiert. Und angeknüpft wird datumsmässig selbstverständlich an den 14. Juni 1991, der nicht mehr für die Verankerung in der Verfassung steht, sondern für den erfolgreichen ersten Frauenstreik.

Im Gegensatz zu 1991 sind die Gewerkschaften seit Anbeginn treibende Kraft des Frauenstreiks. Trotz Verbesserungen ist die Lohngleichheit bis heute immer noch nicht umgesetzt. Dagegen haben über 20'000 im letzten Jahr in Bern an der vom SGB organisierten Demonstration protestiert, darunter sehr viele junge Leute. Der SGB zeigt sich kämpferisch und dennoch relativ traditionell, auf Gleichstellung orientiert, wie das auch der VPOD-Forderungskatalog zeigt. Der Frauenstreik ist in diesem Sinn in direkter Fortsetzung zum Frauenstreik von 2019 zu sehen, eine

Fortführung des Kampfes: frauenspezifische Forderungen als politische Forderungen. Dagegen werden im Manifest feministischer Streik & Frauen*streik neue Fragen hervorgehoben, wie Intersektionalität im Sinne der Verbindung von Rassismus und Sexismus, aber auch die Care-Frage. Das Manifest versteht sich radikal politisch. Die Adressatin ist nicht primär die Ebene des Politischen, sondern das Manifest selbst ist Politik – so auch der Streik, die Aktion. Es geht um weit fundamentalere Kritik, das Gesellschaftssystem als Ganzes wird in Frage gestellt. Daher steht der Feminismus im Zentrum. Zentral ist nicht, dass möglichst viele mitmachen. Ähnlich ist das vorwiegend von jungen Westschweizerinnen verfasste feministische Frauen*streikmanifest, das auf die negativen Folgen des Kapitalismus verweist, gleichzeitig aber dennoch direkte politische Lösungen wie die Einführung von strenger Lohnkontrollen und Sanktionen aufzeigt. Die Mitglieder des Leseseminars des VPOD in Zürich stellen ebenfalls eine Reihe zentraler Fragen zur weiblichen Arbeit, wie: Denkst du auch, dass es ungerecht ist, dass eine Pflegefachfrau viel weniger verdient als ein Banker oder IT-Fachmann? Dass gute und bezahlbare Kinder- und Altersbetreuung in Westeuropa meist bedeutet, dass Frauen und insbesondere Migrantinnen zu Niedriglöhnen diese Arbeit tun? Es ist insbesondere die Frage der heute mit «Care-Ökonomie» umschriebene Bereich, der heute weit stärker thematisiert wird als 1991.

Wir Frauen lassen uns nicht für dumm verkaufen: Manager haben nichts im Care-Sektor zu suchen!

1. Wir subventionieren die Wirtschaft!

Wir Putzfrauen subventionieren die Wirtschaft
Wir Krippenleiterinnen subventionieren die Wirtschaft
Wir Altenpflegerinnen subventionieren die Wirtschaft
Wir Hausfrauen subventionieren die Wirtschaft
Wir Fachfrauen für Menschen mit Behinderung subventionieren die Wirtschaft
Wir Psychiatriepflegerinnen subventionieren die Wirtschaft
Wir Tagesmütter subventionieren die Wirtschaft
Wir Küchenhelferinnen subventionieren die Wirtschaft
Wir Coiffeurinnen subventionieren die Wirtschaft
Wir Nachbarshelferinnen subventionieren die Wirtschaft
Wir subventionieren mit unserer schlecht oder gar nicht bezahlten Arbeit die Wirtschaft!

Als Teil einer weltweiten Bewegung von Frauen wehren wir uns...
gegen die
Zumutungen der
kapitalistischen
Zerstörung
unseres Lebens

Es geht auch um Sichtbarmachung, aber insbesondere auch um den Gender-Gap beim Einkommen. So hat die feministische Ökonomin Mascha Madörin errechnet, dass die materiellen Ungleichheiten bei den jährlichen Einkommen sich in der Schweiz auf mindestens 110 Milliarden Schweizer Franken beziffern. Obwohl Frauen nach Daten des Bundesamtes für Statistik im Durchschnitt pro Woche gleich viel – bezahlte und unbezahlte zusammengenommen – Arbeit leisten wie Männer. Die vor allem von Frauen erbrachte bezahlte Sorgearbeit kann als Dienst an Personen nicht gleichermaßen rationalisiert und produktiver gemacht werden wie Industriearbeit. Sie braucht Zeit. Gleichzeitig fordert die bürgerliche Politik Sparen und Einschränkung. Das geht direkt auf Kosten der Frauen. Die Parole der Gewerkschafterinnen des VPOD heisst denn auch: Lohn – Zeit – Respekt.

Auch Frauen mit Beeinträchtigung erheben Forderungen, die von Pro Infirmis mitgetragen werden: Es geht um einklagbare Rechte für Frauen mit Beeinträchtigung, deren Partizipation am Arbeitsleben, am öffentlichen Verkehr, am politischen und kulturellen Leben ständig behindert wird. Ein erster Schritt dahin wäre eine Ombudsstelle auf kommunaler und eidgenössischer Ebene. Sie werden von der IV-Gesetzgebung benachteiligt, erhalten viel seltener volle IV-Renten, sind von Lohndiskriminierung verschärft betroffen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind noch schwieriger als sonst. Dazu liegen wenig Zahlen, aber viele Erfahrungsberichte vor. Deshalb erheben sie die Forderung, dass statistische Erhebungen zu Behinderung nach Geschlecht aufzuschlüsseln seien.

Fazit:

Dezentralität ist auch heute ein entscheidendes Element, damit verschiedenste Gruppierungen aktiv werden können: gewerkschaftliche oder informelle Frauengruppen, feministische Aktivistinnen oder wer auch immer: Wenn eher «Frauenstreik» betont wird, stehen eher traditionelle Gleichstellungsfragen im Zentrum, wenn «Feminismus» hervorgehoben wird, wird mit dem feministischen Frauenstreik viel stärker die Revolutionierung der gesamten Gesellschaft anvisiert.

Und mit dem Verweis auf 11.00, dem Zeitpunkt, wo alles still stehen soll, und auf 15.26, wenn Frauen am Erwerbsarbeitsplatz mit dem Arbeiten aufhören soll, da sie ab diesem Moment im Vergleich zu den Männerlöhnen nicht mehr bezahlt wird, gibt

es ein alle verbindendes Element, in den Betrieben, auf der Strasse, in den Schulen, überall, wo Frauen Arbeit leisten.

So ist der Frauenstreik 1991 und der Frauenstreik 2019 ein Paradebeispiel von Kontinuitäten und Kontextbezogenheit politischer Bewegungen. Beide beziehen sich auf etwas im Vergangenen, Knüpfen an Widerständigkeiten an, stellen dabei neue Verbindungen, sind auf die Zukunft hin aufgerichtet. Diese Einordnung hat eine politische Dimension. Es sind dezentrale Aktionen mit einem gemeinsamen Nenner, was erst den breiten Facettenreichtum ermöglicht.